

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD***Der Einsatz von RFID-Funketiketten (Radio Frequency Identification) – Chancen und Risiken***

Die Abkürzung RFID (Radiofrequenz-Identifikation) ist eine Art Leitbegriff für Systemlösungen für globale und lokale Datenübermittlung mit Hilfe von Funketiketten (RFID-Tags). Dabei übertragen die Etiketten ein elektromagnetisches Signal an einen Empfänger oder lassen sich passiv von Sensoren einlesen. RFID gehört zusammen mit anderen Technologien zu den Auto-ID-Verfahren, also Verfahren zur automatischen Identifikation von Objekten. Es schließt die Lücken zu IT-Systemen, die bisher durch manuelle Dateneingaben überbrückt werden mussten.

Der Einsatz von so genannten Funkchips wird durch eine hohe Entwicklungsgeschwindigkeit, zunehmend größere Stückzahlen und damit sinkenden Kosten und der Entwicklung von Software für Steuerungssysteme in vielen Bereichen attraktiver. Es wird erwartet, dass sich RFID bis 2010 europaweit durchsetzen und Strichcodes und deren Einlesen durch Scanner ersetzen könnte. Die Schwelle für den Einsatz von Funkchips auf Einzelprodukten liegt bei 1 Cent pro Chip. Zurzeit liegen die Herstellungskosten noch bei etwa 15 Cent.

Funkchips sind nicht zuletzt wegen ihrer einfachen Einsetzbarkeit auf dem Vormarsch. Mögliche Anwendungsbereiche sind: Standortermittlung in Echtzeit, Bibliothekswesen, Transport- und Fertigungslogistik, Preisauszeichnung und Kassensystemen, Eintrittskarten und Zugangskontrollen, Identifikation jeder Art, Warenkontrolle. RFID kann überall dort zum Einsatz kommen, wo es um automatische Kennzeichnung, Registrierung, Lagerung, Überwachung oder Transportsteuerung geht.

RFID-Chips kommunizieren über Funkwellen mit Lesegeräten, die die Informationen des Funkchips einlesen können und durch die Verknüpfung mit einem Computer intelligent – zum Beispiel durch Vergleich oder Abgleich mit einer vernetzten Datenbank – weiterverarbeiten können. Bei dem Einsatz von RFID spielt somit die Datensicherheit eine große Rolle.

Die entscheidende technische Revolution liegt in der Verknüpfung der Daten zu einer „intelligenten Umgebung“. Diese Verknüpfung birgt vor allem im Hinblick auf die Verknüpfung mit personenbezogenen Daten erhebliche Risiken. RFID ist deshalb seit längerem und unter verschiedenen Gesichtspunkten immer wieder Gegenstand der Jahresberichte der Datenschutzbeauftragten und es ist darauf zu achten, ob die jetzigen bestehenden gesetzlichen Regelungen ausreichen, um den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu gewährleisten.

Jüngst hat die RFID-Technologie Einzug in die neuen elektronischen Reisedokumente gefunden und soll auch bei der nächsten Generation der Personalausweise eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang sind aber bereits erste Zweifel an der Fälschungssicherheit von Funkchips in Ausweisdokumenten aufgekommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die Chancen der RFID-Technologie im Allgemeinen und für das Land Bremen?
2. Welche Aktivitäten gibt es in Bremen und Bremerhaven zu RFID, und ist dem Senat bekannt in welchen Bereichen im Lande Bremen die RFID-Technologien zum Einsatz kommen?

3. Werden durch das Land Bremen RFID-Projekte gefördert, und falls ja, welche in welchem Umfang und mit welchen Mitteln, und was ist dabei das strategische Ziel?
4. Ist dem Senat bekannt, inwieweit der Einsatz der RFID-Technologien zukünftige Arbeitsabläufe verändern wird?
5. Worin, in welchen Bereichen und in welcher Hinsicht sieht der Senat Risiken beim Einsatz der RFID-Technologie, und wie kann sichergestellt werden, dass die RFID-Technologie datenschutzkonform entwickelt und eingesetzt wird?
6. In welchem Regulierungsrahmen sieht der Senat die RFID-Technologie auf Bundes- und europäischer Ebene, und sieht der Senat Lücken in den Gesetzen?
7. Bei welchen RFID-Anwendungen werden personenbezogene Daten verarbeitet, und inwieweit gelten hier die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes, und wann kommt das Gesetz zur Anwendung?
8. Wie beurteilt der Senat den Einsatz von RFID-Technologie bei Reisedokumenten, und wie ist hier der aktuelle Sachstand?
9. Wie beurteilt der Senat die mit der RFID-Technologie technisch gegebene Möglichkeit, durch die Verknüpfung mit personenbezogenen Daten – zum Beispiel im bargeldlosen Zahlungsverkehr oder unter Verwendung von Kunden- oder Bonuskarten – umfassende und personenbezogene Konsum-, Nutzungs-, Verhaltens- und Bewegungsprofile zu erstellen?
10. Welche Rolle kann nach Ansicht des Senats das Verbraucherschutzrecht beim Einsatz der RFID-Technologie spielen, um den „gläsernen Kunden“ zu verhindern?
11. Wie können nach Ansicht des Senats beim Einsatz der RFID-Technologie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Grundsätze des Datenschutzrechts sichergestellt werden?
12. Wie kann eine nachvollziehbare Transparenz beim Einsatz von RFID-Chips in Verknüpfung mit personenbezogenen Daten gewährleistet werden, die es dem Einzelnen ermöglicht, jederzeit selbst darüber zu entscheiden, ob bzw. in welchem Umfang er die Aktivierung von Funktionen eines RFID-Chips zulassen möchte?
13. Gibt es Regelungen hinsichtlich einer Kennzeichnungspflicht beim Einsatz von RFID-Tags, die die Voraussetzung zur Deaktivierung, Abtrennung oder Zerstörung des Chips sind? Falls ja, hält der Senat diese für ausreichend, und falls nein, welcher Regelungen bedarf es?

Heiko Strohmann, Erwin Knäpper,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Frank Schildt, Insa Peters-Rehwinkel,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD